

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Konstantin Kuhle, Mario Brandenburg (Südpfalz), Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Karsten Klein, Pascal Kober, Carina Konrad, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Bernd Reuther, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Jugend im Lockdown – Zeit für eine generationengerechte Krisenpolitik**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Corona-Krise ist für eine ganze Generation junger Menschen eine prägende Phase in sozialer Isolation. Viele verpasste Jugenderfahrungen lassen sich nicht ersetzen oder verschieben: Die Abschlussfeier oder den Abiball kann man nicht zwei Jahre später nachholen, das Gap Year ist nach begonnener Ausbildung kaum noch möglich und auch eine Erstsemesterparty feiert man nicht einfach später kurz vor dem Bachelor. Inzwischen gibt es einen Jahrgang von Studierenden, die ihre Hochschule noch nie betreten haben. Auszubildende haben über den eigenen Betrieb hinaus kaum Kontakt zu Mitlernenden und erfahren ihren Ausbildungsberuf isoliert im eigenen Betrieb mit eingeschränkter Möglichkeit zum Austausch von Erfahrungen. Ganze Masterstudiengänge finden nicht wie geplant im Ausland, sondern vor dem heimischen Laptop statt. In der gesellschaftlichen Debatte werden die daraus resultierenden Sorgen oft als „Luxusproblem“ belächelt. Alle, die diese Sorgen klein reden, sollten innehalten und sich an ihre eigene Jugend erinnern.

Knapp 75 % der jungen Menschen zwischen 18 und 29 Jahren fühlen sich bei den Corona-Maßnahmen vergessen. Auch alle anderen Generationen sind der Auffassung, dass die junge Generation im aktuellen Krisenmanagement zu wenig berücksichtigt wird (vgl. [www.watson.de/!913890913?utm\\_medium=social-user&utm\\_source=social\\_app](http://www.watson.de/!913890913?utm_medium=social-user&utm_source=social_app)).

Gleichzeitig wird ihre Rolle in der Pandemie vornehmlich negativ dargestellt. Dabei schränken junge Menschen maßgeblich ihre sozialen Kontakte ein, übernehmen Einkaufsdienste, Medizinstudierende helfen in den Krankenhäusern. Sie verzichten auf Freizeit-, Ausland- und Praktikumserfahrungen, die besonders in dieser prägenden Phase des Lebens normalerweise eine große Rolle zum Finden der eigenen Identität und Persönlichkeit spielen. Gleichzeitig werden sie die Letzten sein, die Zugang zum Impfstoff erhalten.

Am stärksten leiden die jungen Menschen laut Civey-Umfrage unter der pandemiebedingten sozialen Isolation ([www.watson.de/!913890913?utm\\_medium=social-user&utm\\_source=social\\_app](http://www.watson.de/!913890913?utm_medium=social-user&utm_source=social_app)). Denn einsam ist nicht nur die Rentnerin, die im Seniorenheim keinen Besuch empfangen darf, sondern auch der Student, der in seiner Ein-Zimmer-Wohnung in einer fremden Stadt sein Studium beginnt. Die Corona-Sonderbefragung 2020 des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) zeigt, dass die Zahl der Studierenden mit psychischen Problemen im Vergleich zu 2016 von 7 auf 10 Prozent gestiegen ist (vgl. Bundestagsdrucksache 19/26712, S. 11). Gleichzeitig haben viele junge Menschen Zukunftsängste. Sie wissen nicht, ob sich die Unternehmen in der wirtschaftlich angespannten Lage einen Ausbildungsplatz leisten können, ob sie ihr Studium trotz verlorenem Nebenjob weiter finanzieren können und ob ihnen im krisengebeutelten Arbeitsmarkt der Berufseinstieg gelingt. Zudem werden es die jungen Menschen sein, die die Folgen der Corona-Krise am längsten spüren werden. Die historische Rekordneuverschuldung wird die Handlungsspielräume künftiger Generation erheblich einschränken und ist zusammen mit fehlenden Investitionen in Bildung und Infrastruktur die giftigste Verbindung gegen eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik.

Die ernststen Sorgen und Zukunftsängste der jungen Generationen dürfen nicht länger ignoriert oder gar durch Werbespots der Bundesregierung verächtlich gemacht werden. Die Zukunft unseres Landes darf auch in Krisenzeiten nicht vergessen werden. Die Politik muss jungen Menschen eine Perspektive aufzeigen. Es müssen endlich die entscheidenden Weichen gestellt werden, damit für junge Menschen trotz der Corona-Krise persönlicher Aufstieg möglich ist. Ihre körperliche und geistige Gesundheit darf auch unabhängig vom Coronavirus nicht leiden. Bei politischen Entscheidungen dürfen junge Menschen nicht vergessen werden und für ihre zukünftigen Handlungsspielräume muss eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik betrieben werden. Sie brauchen dringend eine Perspektive, wann und wie der Alltag in der sozialen Isolation endet. Die junge Generation hat im vergangenen Jahr viel geleistet und viel entbehrt. Sie verdient es, dass sich auch ihre Interessen in der Corona-Politik widerspiegeln.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. persönliche Aufstiegschancen junger Menschen auch in der Krise zu fördern, indem sie folgende Maßnahmen ergreift:
  - a) Über einen Digitalpakt 2.0 sollen Mittel bereitgestellt werden, um die digitale Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich digitaler Methodik und Didaktik zu finanzieren. Zudem sollen damit professionelle IT-Kräfte an den Schulen finanziert werden können. Denn um die technische Wartung von Servern und Betriebssystemen sollten sich nicht Pädagogen, sondern dafür ausgebildete IT-Fachkräfte kümmern.
  - b) Durch regelmäßige Schnelltests vor Schulbeginn soll sichergestellt werden, dass sich Infektionen nicht unbemerkt ausbreiten. Für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte sollen kostenfreie FFP2-Masken zur Verfügung stehen.

- c) Es soll sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler einen geeigneten Ort zum Lernen haben, insbesondere wenn sie über kein eigenes Zimmer verfügen. Dazu sollen die Kapazitäten der Schulen, aber auch öffentlicher Bibliotheken, Museen oder sonstiger öffentlicher Einrichtungen genutzt werden.
- d) Gemeinsam mit den Ländern und Hochschulen soll kurzfristig ein bundesweites Lern-Buddy-Programm aufgesetzt werden, in dem Studierende Schulen und Schülerinnen und Schüler für diese kostenfrei unterstützen, die in der Corona-Pandemie entstandenen Lernrückstände aufzuholen. In Abhängigkeit der Schülerzahl erhalten Schulen aus dem Lern-Buddy-Programm ein festes Kontingent an Unterstützungsstunden, das sie sowohl zur Unterstützung der Lehrkräfte im Fern- oder Präsenzunterricht, in Kleingruppen oder für eine individuelle Eins-zu-Eins-Betreuung besonders unterstützungsbedürftiger Schülerinnen und Schüler verwenden können. Die Studierenden sollen dafür finanziell entlohnt werden oder Leistungspunkte erhalten.
- e) Bund und Länder sollen sich darauf verständigen, dass Schülerinnen und Schüler die unkomplizierte Möglichkeit haben, das Schuljahr zu wiederholen, ohne dass dies auf die Verweildauer insbesondere in der gymnasialen Oberstufe angerechnet wird.
- f) Die Studienfinanzierung soll zu einem krisenfesten elternunabhängigen Baukasten-BAföG reformiert werden, das den Zugang zum Studium unabhängig von der sozialen Herkunft absichert.
- g) Zusammen mit den Ländern und Hochschulen soll sichergestellt werden, dass für alle Online-Prüfungen Rechtssicherheit besteht.
- h) Bund und Länder sollen sich darauf verständigen, allen Studierenden zwei Semester zusätzlich zur Regelstudienzeit zu gewähren und dies auch beim BAföG-Anspruch zu berücksichtigen.
- i) Bei Regelungen zu ausgeweiteten Lohnersatzzahlungen für Eltern mit Kita- und Schulkindern unter zwölf Jahren bei notwendiger häuslicher Betreuung infolge temporärer Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind zukünftig auch Selbstständige und Privatversicherte einzubeziehen.
- j) Personen unter 18, Schülerinnen und Schüler, Azubis und Studierende sollen kostenfreien Zugang zu öffentlichen Bibliotheken haben und die Online-Angebote derselben sollen ausgebaut werden.
- k) Die Hinzuverdienstgrenze für Minijobs soll auf das 60-fache des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns festgelegt und damit dynamisiert werden.
- l) Durch ein Gründungssemester und ein bürokratiefreies erstes Jahr für neugegründete Unternehmen sollen junge Gründerinnen und Gründer unterstützt werden.
- m) Bund und Länder sollen dafür sorgen, dass die flächendeckende Versorgung jeder Kommune mit hochleistungsfähigen Anschlüssen sowie einem leistungsstarken Mobilfunknetz gewährleistet ist.

- n) Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, jede Form der Grenzschließung und von stationären Grenzkontrollen möglichst zu vermeiden. Allenfalls dürfen sie in extremen Ausnahmesituationen lokal und zeitlich begrenzt zur Anordnung kommen. Stattdessen müssen alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um den Infektionsschutz für Grenzpendler zu verbessern. Sollten Grenzkontrollen als letztes Mittel zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung des Coronavirus nicht vermeidbar sein, muss die Bundesregierung zwingend dafür Sorge zu tragen, dass längere Wartezeiten an den Kontrollstellen vermieden werden. Grenzen müssen unter Vorlage eines aktuellen, negativen Testergebnisses unmittelbar passierbar sein;
2. die Gesundheit junger Menschen in der Corona-Krise sicherzustellen, indem sie folgende Maßnahmen ergreift:
- a) Auch junge Menschen brauchen eine konkrete Impfperspektive. Die Bundesregierung soll auf eine schnellstmöglich verfügbare solide Studienlage zur Wirkung von SARS-CoV-2-Vakzinen bei jungen Menschen mit dem Ziel hinwirken, Impfungen in dieser Personengruppe schnellstmöglich und auf einer fundierten Datenlage durchführen zu können.
- b) Die Bundesregierung soll initiativ werden, die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die mentale Gesundheit junger Menschen detailliert zu analysieren, mögliche Zusammenhänge zu identifizieren und mit konkreten niederschweligen und auch digitalen Angeboten gegenzusteuern, um eine Zunahme der Fallzahlen von beispielsweise Depressionen, Essstörungen, auffälliger Gewichtsveränderung oder pathologischem Medienverhalten zu verhindern. Deutschland sollte nach kanadischem Vorbild einen Mental Health Day mit einer bundesweiten Kampagne einführen. Zudem sollen die bürokratischen Hürden für die Niederlassung von Psychotherapeuten reduziert werden, um mehr Behandlungskapazitäten zu schaffen. Hierzu soll zudem mit der Approbation automatisch die kassenärztliche Zulassung erfolgen.
- c) Bund und Länder sollen auf die schnellstmögliche Aufhebung von Einschränkungen sportlicher Aktivitäten hinwirken, um den durch Bewegungsmangel begünstigten körperlichen Folgen, wie beispielsweise Übergewicht, bei jungen Menschen entgegenzuwirken. (Hoch-)Schul- und Vereinssport sowie Amateurmusikvereine sollen in der Öffnungsstrategie berücksichtigt werden. Mithilfe von Schnelltests und/oder Pooling soll ein sicherer Betrieb zumindest für Sportarten auf ungedeckten Sportflächen schnellstmöglich wieder ermöglicht werden;
3. mit Hilfe innovativer Ideen oder Konzepten sicherzustellen, dass Isolation vermieden wird und soziale Nähe sowie gemeinsame Veranstaltungen unbedenklich stattfinden können, indem sie folgende Maßnahmen ergreift:
- a) Bei allen einschränkenden Maßnahmen muss auch die Nutzung innovativer Werkzeuge in die Betrachtung der Verhältnismäßigkeit einfließen. Das schließt Lösungen ein, die dem Nachweis dienen, dass ein Mensch zumindest aktuell nicht ansteckend ist. Erste Versuche gab es dazu bereits im Sommer 2020 (vgl. [www.back-to-live.com/das-war-back-to-live-vol-01](http://www.back-to-live.com/das-war-back-to-live-vol-01)), wurden wiederholt erfolgreich erprobt (vgl. [www.rollingstone.de/keine-einzige-covid-19-ansteckung-testkonzert-in-barcelona-gibt-hoffnung-2237459/#titel](http://www.rollingstone.de/keine-einzige-covid-19-ansteckung-testkonzert-in-barcelona-gibt-hoffnung-2237459/#titel)) und werden inzwischen auch von Wissenschaftlern für möglich gehalten (vgl. [www.faz.net/aktuell/politik/inland/eine-besteckende-alternative-zum-lockdown-17194718.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/eine-besteckende-alternative-zum-lockdown-17194718.html)). Wo eine Beschränkung angeordnet wird, muss stärker als bisher glaubhaft gemacht werden, dass es sich dabei um die geringstmögliche Freiheitsbeschränkung zur Zielerreichung handelt.

- b) Auf die Forderung nach pauschalen Alkoholverboten im Freien und andere Maßnahmen, die lediglich zur Verlagerung von Geselligkeit in schlechter belüftete Innenräume führen, in Verhandlungen mit den Ländern zu verzichten und auf diese entsprechend einzuwirken.
  - c) Der Veranstaltungsbranche soll es ermöglicht werden, Veranstaltungen mit Hygienekonzepten und Schnelltests bei der Einlasskontrolle anzubieten. Durch die Möglichkeit zur Nutzung von Muster-Hygienekonzepten ist dabei eine schnelle und unkomplizierte Genehmigung sicherzustellen, indem etwa nur noch Abweichungen vom Muster überprüft werden.
  - d) Die Bundesregierung soll sicherstellen, dass auch Orte der sozialen Interaktion, wie zum Beispiel Cafés, Clubs oder Bars sowie angeschlossene Dienstleister, den Lockdown überstehen. Hierzu müssen insbesondere die Hilfen für Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler endlich passgenau ausgestaltet sowie unbürokratisch und schnell ausgezahlt werden.
  - e) Die Inanspruchnahme von Leistungen des Teilhabe- und Chancenpakts soll unbürokratisch und digital möglich sein, damit sich auch Kinder und Jugendliche aus niedrigeren Einkommensschichten eine Mitgliedschaft im Sportverein oder Musikunterricht leisten können.
  - f) Bei den Ländern auf eine Abschaffung von Tanzverboten und anderer Einschränkungen an sog. „Stillen Feiertagen“ hinzuwirken;
4. junge Menschen stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen, indem sie folgende Maßnahmen ergreift:
- a) Das Wahlalter für die Wahl zum Bundestag und bei der Europawahl soll auf 16 Jahre abgesenkt werden.
  - b) Die Bundesregierung soll einen Corona-Jugendgipfel einberufen, um die Auswirkungen der Corona-Krise auf junge Menschen mit ebenjungen zu diskutieren und Perspektiven auszuloten.
  - c) Die Bundesregierung soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einen Next-Generation-Preis für die innovativsten Erfindungen junger Menschen im Kampf gegen die Corona-Pandemie ausloben;
5. die erheblichen finanziellen Folgen der Corona-Krise nicht einseitig und dauerhaft kommenden Generationen aufzubürden, indem sie folgende Maßnahmen ergreift:
- a) Die Schuldenbremse muss unbedingt bestehen bleiben. Im Sinne einer generationengerechten, nachhaltigen Haushaltspolitik ist die Nettokreditaufnahme des Bundes nach der Corona-Krise wieder dauerhaft auf maximal das von der Schuldenregel zulässige Höchstmaß zurückzuführen. Gleichzeitig sind die Investitionsausgaben des Bundes, insbesondere in wichtigen Zukunftsbereichen, kontinuierlich und deutlich zu erhöhen, um Deutschland für die Zukunft fit zu machen.
  - b) Die Rente muss für alle Generationen stabil und für die ganze Gesellschaft fair sein. Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt: Wir brauchen den Mut für neues Denken. Wir brauchen eine Altersvorsorge als Baukastensystem mit einem flexiblen Renteneintritt nach schwedischem Vorbild. Denn wir brauchen endlich wieder eine Rentenpolitik, die in Jahrzehnten denkt, statt in Legislaturperioden und die Abkehr von den teuren, nicht nachhaltigen Rentenpaketen.
  - c) Das Erreichen der Klimaziele soll durch ein striktes CO<sub>2</sub>-Limit garantiert und ohne unnötig hohe finanzielle Belastungen erreicht werden. Dazu müssen alle Verursacher von Treibhausgasen in den EU-Emissionshandel einbezogen und stattdessen überflüssige Subventionen und Regulierungen abgebaut werden.

- d) Staatliche Programme zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Krise sollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Sinn der Nachhaltigkeit verbessern. Die junge Generation soll nicht Fehler durch Investitionen in überkommene Strukturen korrigieren müssen.
- e) Neue Gesetze sollen kontinuierlich auf die Auswirkungen auf kommende Generationen geprüft und in der Gesetzesfolgenabschätzung das Innovationsprinzip parallel zum Vorsorgeprinzip verankert werden.

Berlin, den 13. April 2021

**Christian Lindner und Fraktion**



